

die EWG-Reife seiner Wirtschaft und Finanzen Rede und Antworten stehen dürfen.

Einmal an den Verhandlungstisch geholt, so Brandts Hintergedanken, hätten die Briten von formellen Beitrittsgesprächen kaum noch ausgeschlossen werden können.

Der Brandt-Plan zerrann, als Briten-Premier Wilson am vorletzten Wochenende auf seinem Landsitz Chequers gleichfalls auf harten Kurs ging. Seinem Wochenend-Besucher Willy Brandt eröffnete Wilson, Großbritannien sei nicht bereit, noch länger zu warten. Bis Ende des Jahres müsse sich der EWG-Ministerrat entscheiden, ob er mit England verhandeln wolle oder nicht.

Heimgekehrt vom Weekend in Chequers, fand Brandt auch in Bonn harte Männer am Werk. Der Chef-Europäer der SPD-Fraktion, Bundestagsvizepräsident Karl Mommer, beantragte, die Große Koalition im Bundestag möge Frankreich verwarnen. Laut Mommer-Plan sollten die fünf England-Freunde in der EWG gegebenenfalls allein Verhandlungen mit Großbritannien führen.

In der CDU-Fraktion redeten letzte Woche die christdemokratischen Europa-Streiter Hans Furler und Hermann Kopf einer Politik der Stärke gegenüber Frankreich das Wort.

Sogar der Unions-Fraktionsvorsitzende Barzel zeigte sich ungehalten: „Man muß den Franzosen klarmachen, daß sie nicht schon vor dem Versuch von Verhandlungen apodiktisch nein sagen können.“

Bundeskanzler Kiesinger versuchte zu bremsen: „Wir können de Gaulle nicht zwingen. Die Politik des Mitter-Faust-auf-den-Tisch-Schlagens führt zu nichts.“ Und mit gedämpfter Stimme: Es komme nun darauf an, in Wartestellung zu gehen, bis Frankreich geneigter sei. „Das darf man aber nicht laut sagen, sonst verbauen wir uns die Möglichkeiten in Brüssel.“

Dennoch rief das Bonner Parlament am Freitag vergangener Woche zu massiver Hilfe für die englischen Vetter auf. Die Bundesregierung solle in Brüssel darauf drängen, daß die EWG endlich mit England verhandle.

In Willy Brandts Amigo-Suite hatten sich auch die fünf Couve-Kontrahenten bei britischer Orangen-Marmelade, Kaffee und Tee versprochen, mit den Franzosen Fraktur zu reden. Sie wollen Frankreich noch in dieser Woche zwingen, sein Veto abzugeben, anstatt die Verhandlungen abermals hinauszuschieben. Das erwartete 5:1-Abstimmungsergebnis bedeutet laut EWG-Vertrag ein Nein und wird nach



EWG-Unterhändler Brandt, Couve: Warten auf das Veto

Brandts Meinung eine „Stagnierung oder eine Stagnationskrise“ bringen. Die England-Freunde jedoch werden es nicht dabei bewenden lassen.

Sie sind entschlossen, Couve de Murville dann bei seinem Wort zu nehmen, Frankreich wolle im Kreis der Sechs jederzeit über England diskutieren. Bei solchen Gesprächen über einzelne Fragen wie Englands Agrarwirtschaft, seine Beziehungen zum Commonwealth oder die Pfund-Reservewährung soll erreicht werden, daß zwischen der EWG und Großbritannien „phasenweise“ auf einzelnen Sektoren doch eine Zusammenarbeit entsteht.

Britanniens Außenminister Brown, dem Brandt am späten Donnerstagabend in Brüssel die Fünfer-Strategie erläuterte, war einverstanden: „Wir halten unser Beitritts-gesuch aufrecht.“

KOREANER

Freunde unter Freunden

Der Papier-Chemiker Too Man Park, 39, verabschiedete sich am 23. Juni dieses Jahres von seinen Arbeitskollegen in der Firma Wolff & Co. in Bomlitz (Niedersachsen). Der Südkoreaner, der in dem Unternehmen volontierte, wollte ein Wochenende in Hamburg verbringen.

Statt dessen schrieb er eine Karte (Poststempel: 1. Juli) aus Berlin: „Von einer herrlichen Reise an Rhein, wo ich mit meinen Freunden aus Korea zur Besichtigung... Da ich noch zwei Woche mit meinen Freunden erführen soll, komme ich in Bomlitz noch später zurück.“

Er kam nie mehr zurück. Too Man Park verschwand zur gleichen Zeit, da der südkoreanische Geheimdienst (CIA) 17 seiner Landsleute unter Drohungen und Täuschungen aus der Bundesrepublik verschleppte. Auf der Liste der 17 steht der Name Too Man Park nicht. Über seinen Verbleib weiß die südkoreanische Botschaft in Bonn angeblich nichts. Kontaktleute der CIA aber behaupten: „Auch er wurde nach Korea verbracht. Er gehört zu denen, über die nicht geredet wird. Das wäre zu unangenehm.“

Unangenehm für die deutsch-koreanischen Beziehungen war schon das Verschwinden der 17, von denen sechs bald wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Unangenehm berührt war das amtliche Bonn, als den anderen im November in Seoul der Prozeß gemacht wurde. Und „erschüttert“ zeigte sich die Bundesregierung letzte Woche über den Richterspruch: Todesurteil für den aus Frankfurt entführten

* CIA-Photo von Isang Yun im Foyer des Bonner Stadttheaters, wo Besucher der Opernaufführung durch Unterschrift gegen die Verschleppung des Komponisten protestierten.



Yun-Plakat*, Yun-Oper im Bonner Stadttheater: Tot im Traum

Physiker Kyoo Myong Chong, lebenslänglich Zuchthaus für den aus Berlin verschleppten Komponisten Isang Yun, drei Jahre (zur Bewährung ausgesetzt) für dessen Ehefrau, drei Schuldsprüche ohne Strafverhängung, Freiheitsstrafen bis zu 15 Jahren für die übrigen.

Diese Erschütterung in schütterten Protesten und kraftlosen Demarchen zu äußern, hat sich Bonn seit der CIA-Aktion Ende Juni bemüht. Die Bundesregierung komplimentierte zwar drei südkoreanische Botschaftsangehörige, die in die CIA-Aktion verstrickt waren, außer Landes und verlangte die Rückführung der Verschleppten — aber sie tat nichts, dieser Forderung Nachdruck zu verleihen.

Weder berief Bonn den deutschen Botschafter in Seoul, Franz Ferring, zur Berichterstattung zurück, noch stoppte es die Entwicklungs- und Kredithilfe von insgesamt (seit 1961) rund einer halben Milliarde Mark; es begnügte sich damit, zwei geplante Wirtschaftsjahresprojekte im Wert von rund 75 Millionen Mark nicht mehr zu forcieren. Der aus Bonn scheidende Botschafter Südkoreas, Duk Shin Choi, wurde mit dem Großkreuz des Bundesverdienstordens geehrt. Den Nachfolger empfing Bundespräsident Lübke mit der Versicherung: „Unsere beiden Völker bekennen sich zu den gleichen Werten.“

Der Bundespräsident war es auch, der Regierungsmitgliedern zu verstehen gab, man möge die Forderung nach Rückführung der Verschleppten nicht allzu drastisch bekunden, damit die freundschaftlichen Beziehungen nicht belastet würden.

Eben diese freundschaftlichen Beziehungen hatten die Koreaner, die eine geradezu sentimentale Zuneigung für alles Deutsche empfinden, aber auch ermutigt, ihre CIA-Aktion in Deutschland zu starten. Denn in Deutschland — vom Krieg zerrissen wie Korea — sahen sie in erster Linie den Schicksalsgefährten, das anti-kommunistische Bollwerk. Und in das Bild dieser deutsch-asiatischen Wahlverwandtschaft, der die Staatsoberhäupter durch gegenseitige Besuche in Seoul und Bonn Pflege angeeignet ließen, paßte auch, daß die beiden Geheimdienste freundschaftliche Kontakte unterhielten: die südkoreanische CIA und der Bundesnachrichtendienst (BND) des Generals Reinhard Gehlen.

Auf Einladung des BND weilte der Vize-Chef der CIA, Byung Doo Lee, 1966 in der Bundesrepublik. Durch Vermittlung des BND durfte Lee dem Bundespräsidenten Heinrich Lübke Visite machen. Auf Vorschlag des BND wurden dem CIA-Chef Hyung Wook Kim sowie einer ganzen Reihe weiterer CIA-Leute deutsche Orden umgehängt, als Lübke dann in Korea zu Besuch weilte.

Der deutschen Botschaft in Südkorea waren diese freundschaftlichen Bande durchaus bekannt. So erklärt sich, daß die Botschaft keinen Arg

witterte, als sie schon Mitte Juni dieses Jahres erfuhr, daß eine Reihe von CIA-Agenten nach Westdeutschland unterwegs sei. Man wählte Freunde bei Freunden, und so machte die Botschaft zunächst keine Mitteilung über die Reise ans AA — ein Sachverhalt, den das Auswärtige Amt bis heute nicht einer Untersuchung für wert befunden hat. Sie könnte durchaus ergeben, daß die Entführungsaktion in ihrem Verlauf hätte gestoppt werden können.

Statt dessen sträubte sich Bonn dagegen, die Entführung eine Entführung zu nennen, und bevorzugte die diplomatische Floskel, die Koreaner seien „auf undurchsichtige Weise“ nach Seoul „verbracht“ worden. Der Parlamentarische Staatssekretär im AA, Gerhard Jahn, verstieg sich gar zu der Behauptung, die gekidnappten Koreaner hätten durchaus die Möglichkeit gehabt, in der Bundesre-

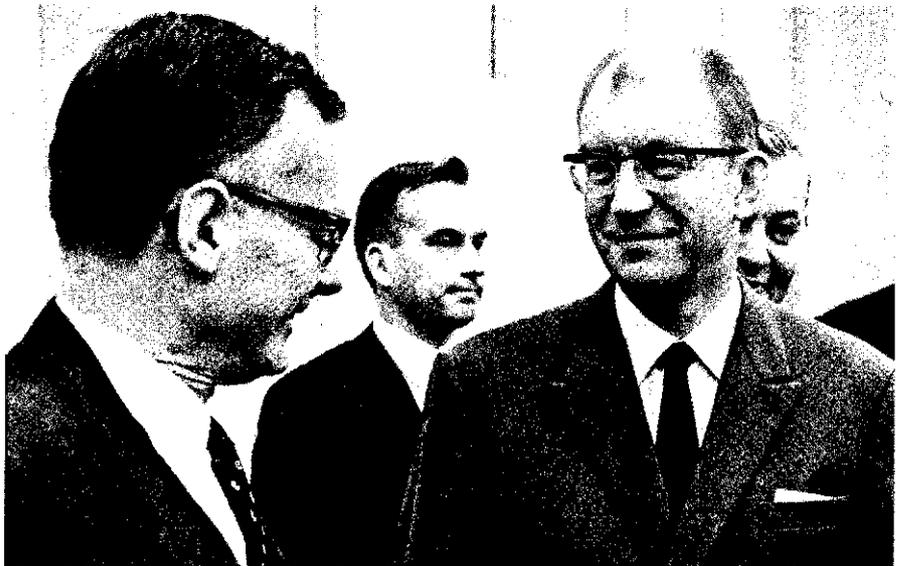
Einer derjenigen, der in Pjöngjang — der Hauptstadt des kommunistischen Nordkorea — gewesen war, ist der zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilte Komponist Isang Yun, dessen Oper „Der Traum des Liu-Tung“ am vorletzten Wochenende in Bonn aufgeführt wurde. In dieser Oper erlebt der Titelheld im Traum seine Ermordung — als Hochverräter.

SCHILLER

Fixe Läufer

Im Zimmer 03 des Bonner Bundeshauses knallten die Sektkorken. Vier Stunden nachdem Karl Schiller am 1. Dezember 1966 seinen Minister- eid geleistet hatte, unterbrach Telefonläuten das Einstandsfezt.

Am Draht meldete sich der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministe-



Neef-Chef Schiller, Staatssekretär Neef: Des Hausherrn müde

riem Dr. Fritz Neef, 54. Den langjährigen Mitarbeiter der Schiller-Vorgänger Erhard und Schmücker bedrückte die Sorge, daß der Sozialdemokrat seiner nicht mehr bedürfe. Schiller beruhigte den Anrufer: „Herr Neef, selbstverständlich bleiben Sie.“

Nach einem Jahr Schiller-Regiment geht Neef nun von allein. Er tritt am 1. Februar nächsten Jahres als Staatssekretär in die Dienste des CSU-Landwirtschaftsministers Hermann Höcherl. Fritz Neef ist seines Hausherrn müde.

Der Verwaltungsroutinier — Neef zeichnete für die EWG-, Energie- und Personalpolitik des Hauses verantwortlich — fühlte sich zunehmend von dem Wirtschaftstheoretiker Schiller isoliert. Anders als Schmücker regiert der zungenfertige Professor nicht mit dem Verwaltungsapparat, sondern läßt ein kleines Fähnlein theoretisierender Wirtschaftsseminaristen um sich sein. Klage ein leitender Beam-

publik um Asyl zu bitten. Und AA-Sprecher Dr. Jürgen Ruhfus setzte in Umlauf, der von der Bundesregierung nach Seoul entsandte Prozeß-Beobachter, Professor Gerhard Grünwald, habe den Prozeßverlauf als fair bezeichnet.

Dazu Professor Grünwald: „Ich habe das nicht gesagt... Ich würde auch ein so pauschales Urteil nicht abgeben. Einmal deshalb, weil zum Prozeß auch das Urteil gehört und auch das Vorverfahren, insbesondere die Frage, in welcher Weise die Aussagen im Ermittlungsverfahren erlangt worden sind.“

Professor Grünwald: „Spionage war es eindeutig nicht... Was den Angeklagten vorgeworfen wird, sind Kontakte mit Ost-Berlin. Sie haben sich dort propagandistischer Beeinflussung ausgesetzt, einige haben Geld genommen, einige waren in Pjöngjang. Für einige... war das Motiv, daß sie ihre Angehörigen wiederfinden wollten.“